



Tätigkeitsbericht

des Vorstandsvorsitzenden Cornelius Neumann-Redlin
für die Sitzung der Vertreterversammlung der
Deutschen Rentenversicherung Oldenburg-Bremen
am 18. Dezember 2012

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

am 1. Oktober wird satzungsgemäß der Vorsitz in den Organen gewechselt und so ist es mir eine besondere Freude, dass ich Ihnen heute den Tätigkeitsbericht des Vorstands vortragen darf.

Meine Premiere in der Rolle des Vorstandsvorsitzenden möchte ich dazu nutzen, um die gute und konstruktive Zusammenarbeit im Vorstand und in den Ausschüssen hervorzuheben.

Im ersten Jahr nach der Sozialwahl 2011 haben wir trotz erheblicher personeller Veränderungen sehr schnell Zugang zu den wichtigen Themen der DRV Oldenburg-Bremen gefunden und zukunftsweisende Beschlüsse gefasst.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

bevor ich zur Situation der DRV Oldenburg-Bremen komme, möchte ich einen Blick auf die Gesamtsituation der Deutschen Rentenversicherung werfen. Gerade in den letzten Monaten stand das Thema Rente des Öfteren im Mittelpunkt vieler sozialpolitischer Diskussionen. Eigentlich hätte die Rentenversicherung nur positive Schlagzeilen produzieren müssen, wie man unter Berücksichtigung folgender Fakten annehmen könnte:

- aufgrund der guten Konjunktur haben wir die höchste Zahl an sozialversicherungsversicherungspflichtigen Beschäftigten zu verzeichnen,

- die Nachhaltigkeitsrücklage ist mit über 29 Milliarden Euro oder 1,69 Monatsausgaben sehr gut gefüllt,
- die Beiträge werden zum 1. Januar 2013 mit 18,9 Prozent auf dem niedrigsten Stand seit 20 Jahren und zum zweiten mal in Folge gesenkt und
- die Renten werden im kommenden Jahr wieder steigen.

Diese positiven Aspekte in der aktuellen Finanzlage werden durch eine neue politische Debatte um Reformen in der Alterssicherung zurückgedrängt, in deren Mittelpunkt die gesetzliche Rentenversicherung steht. Auch wenn das Thema Altersarmut kein aktuelles Problem darstellt, wird die Projizierung in die Zukunft das Vertrauen in die gesetzliche Rentenversicherung erschüttern. Szenarien, die zukünftige Rentner-Generationen auch aus dem sozialen Mittelstand von Altersarmut bedroht sehen, fordern die Politik zum Handeln auf. Aus allen politischen Lagern liegen Reformvorschläge auf dem Tisch.

Vor diesem Hintergrund richtet die Rentenversicherung den dringenden Appell an die politischen Akteure, jene Reformmaßnahmen, bei denen es schon jetzt einen großen parteiübergreifenden Konsens gibt, nun auch zügig umzusetzen. Dies betrifft vor allem die Maßnahmen zur Verbesserung der Erwerbsminderungsrenten, zur Erleichterung flexibler Übergänge vom Erwerbsleben in die Rente sowie zur Fortschreibung des Reha-Budgets. Die strittigen Punkte der Rentendiskussion dürfen nicht dazu führen, dass die von einem breiten Konsens getragenen Maßnahmen unterbleiben. Es wäre nicht nachvollziehbar und im Interesse der Betroffenen auch nicht zu verantworten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

so wie die Politik für die Weiterentwicklung der gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Rentenversicherung zuständig ist, müssen wir als Selbstverwaltungen die aktuellen Herausforderungen meistern. Frau Rosenow hat im letzten Tätigkeitsbericht dargelegt, dass die Einsparbemühungen in der Rentenversicherung bei den Verwaltungs- und Verfahrenskosten anhalten werden. So hat sich die Deutsche Rentenversicherung im

Wege der Selbstbindung für das Jahr 2013 eine Budget-Kürzung von rund 159 Millionen Euro auferlegt. Diese Budget-Kürzungen, die auch in den kommenden Jahren fortbestehen werden, haben natürlich auch Auswirkungen auf die Verwaltungs- und Verfahrenskosten der Deutschen Rentenversicherung Oldenburg-Bremen.

Mit einem vor zwei Jahren begonnenen Verwaltungsmodernisierungsprozess wollen wir den geringer werdenden Mittelzuweisungen begegnen.

So hat sich als Ergebnis einer Beschäftigtenbefragung Handlungsbedarf in der Führungskultur herausgestellt. Die Mitarbeiter sahen vor allem eine unklare Abgrenzung der Zuständigkeiten der Führungsebenen und daraus resultierende unterschiedliche Erwartungshaltungen und Kommunikationsdefizite. Mittlerweile liegen genaue Aufgabenbeschreibungen für die vier Führungsebenen

- Geschäftsführung
- Abteilungsleitungen
- Referatsleitungen
- Sachbereichsleiter

vor. Eingesetzte Arbeitsgruppen unter Beteiligung der Personalvertretungen haben zudem Maßnahmen-Kataloge zur Verbesserung des Wir- und Zusammenhalt-Gefühls sowie der Wertschätzung erarbeitet. Jetzt gilt es die Vorschläge in den Abteilungen umzusetzen und mit Leben zu erfüllen. Ziel muss es sein, Reibungsverluste zu verhindern und dadurch die Effektivität zu erhöhen.

Wie in unserem letzten Tätigkeitsbericht ausgeführt, wollen wir unser Leitbildverständnis im Benchmarking durch überdurchschnittliche Ergebnisse in den vier Bereichen

- Wirtschaftlichkeit (Kosten)
- Kundenorientierung (Zufriedenheit)
- Qualität (Fehlerfreiheit)
- Mitarbeiterorientierung (Potenziale)

erreichen. Dabei wollen wir die Benchmarking-Dimension „Kundenorientierung“ besonders im Auge behalten. Deshalb sieht das Organisationsziel 2013 vor, die Prozesse in allen Bereichen des Hauses zu beschleunigen bzw. zu vereinfachen, um hierdurch ohne Qualitätsverlust zur Verkürzung der Bearbeitungszeit von Anträgen und Anliegen unserer Kunden zu kommen.

Wir gehen davon aus, dass sich mit den beginnenden Veränderungen in der Führungsstruktur und der Führungskultur sowie einer verbesserten internen Kommunikation Erfolge einstellen werden.

Zusätzlich hat der Vorstand mit der Abteilungsleitung der Leistungsabteilung Oldenburg Maßnahmen zur Verkürzung der Rentenlaufzeiten bei Renten wegen Erwerbsminderung besprochen. Eingesetzte Arbeitsgruppen bereiten jetzt organisatorische Maßnahmen vor, die dem Vorstand im nächsten Jahr präsentiert werden. Letztendlich hat die Deutsche Rentenversicherung Oldenburg-Bremen Benchmarking-Prozesse mit anderen Trägern durchgeführt, deren Ergebnisse jetzt ausgewertet und in die Praxis umgesetzt werden müssen.

Natürlich wollen wir unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auch bestmögliches Handwerkszeug zur Verfügung stellen. Dazu gehören permanente Innovationen in der Datenverarbeitung. Ein Großprojekt der Deutschen Rentenversicherung steht mit Beginn des Jahres 2013 vor einem wichtigen Zwischenschritt. Dann erfolgt die Umstellung auf ein gemeinsames System für alle Träger der Deutschen Rentenversicherung mit dem Namen „rvDialog“. An der technischen Vorbereitung für dieses Großprojekt haben wir uns ebenso beteiligt wie an Schulungsmaßnahmen für Mitarbeiter der DRV Bund, die hauptsächlich betroffen sind. Auch in unserem Hause müssen alle Mitarbeiter auf das neue gemeinsame Programmsystem „rvDialog“ geschult werden. Vereinfachungen für die Mitarbeiter werden sich vor allem über die voll verbalisierte und damit leichter zugängliche Benutzeroberfläche ergeben.

Darüber hinaus wird eine neue Forderungssoftware eingeführt, die die Regelung von überzahlten Rentenbeträgen zuverlässiger und einfacher umsetzen lässt.

Sie können erkennen, dass wir mit einem ständigen Prozess der Qualitätsverbesserung unsere Schlagkraft verbessern wollen, um den in den nächsten Jahren zu erwartenden demografisch bedingten Antragsanstieg mit den zur Verfügung stehenden Personalressourcen bewältigen zu können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

die schwierige Finanzverfassung der Rentenversicherung führt zu einem Paradoxum. Obwohl die finanzielle Lage der Rentenversicherung insgesamt so positiv ist, dass wir die Beiträge senken können, haben wir in einem wichtigen Bereich zu wenig Mittel zur Verfügung. Nachdem uns Herr Wolff in der letzten Sitzung der Vertreterversammlung die Zusammenhänge aufgezeigt hat, können Sie ahnen, dass ich auf das Reha-Budget zu sprechen kommen möchte.

Anträge auf Rehabilitationsleistungen sind seit dem Jahr 2007 um 13,5 Prozent angestiegen und werden nach Prognosen der DRV Bund bis zum Jahr 2015 um knapp 3 Prozent jährlich weiter steigen. Über den Haushaltsplan stand uns ein vorläufiger Nettobetrag für Reha-Leistungen in Höhe von 65,5 Millionen Euro zur Verfügung. Die endgültige Zuweisung hat einen um 518.000 Euro niedrigeren Betrag ergeben. Nach jetziger Prognose werden wir mit diesem Betrag nicht hinkommen und unser Budget überschreiten. Damit stehen wir in der Rentenversicherung nicht alleine da, denn bei vielen Trägern droht eine Überschreitung der gedeckelten Reha-Ansätze.

In der letzten Sitzung hatten wir intensiv darüber diskutiert, dass eine demografische Komponente zur Anhebung des Reha-Deckels eingeführt werden muss. Wir sind froh, dass sich das Bundesarbeitsministerium und die Parteien dieser Argumentation angeschlossen haben. Es ist jetzt aber an der Zeit, dass auch entsprechende gesetzgeberische Maßnahmen folgen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

das knappe Reha-Budget hat natürlich dazu geführt, dass das Bundesarbeitsministerium einen kritischen Blick auf die Reha-Strukturen geworfen hat. Nachdem ein vom Bundesarbeitsministerium in Auftrag gegebenes Gutachten zweifelsfrei geklärt hat, dass die Rentenversicherungsträger eigene Kliniken vorhalten dürfen, geht es jetzt darum, möglichst wirtschaftliche Strukturen zu schaffen. Es ist deshalb kein Wunder, dass der Bundesrechnungshof und die Landesaufsichten die Wirtschaftlichkeit der Kliniken als eines ihrer Hauptthemen in den Prüfungen erklärt haben.

Als positiv und hilfreich finden wir, dass der Bundesvorstand eine Diskussion eröffnet hat, an deren Ende eine verbindliche Entscheidung zur Definition der Wirtschaftlichkeit der Kliniken der Deutschen Rentenversicherung steht. Grundlage der Entscheidung ist der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit nach § 69 Absatz 2 SGB IV. Daher sollen unwirtschaftliche RV-eigene Kliniken so umgestaltet werden, dass sie nach objektiven Maßstäben zukünftig wirtschaftlich arbeiten können. Dauerhaft unwirtschaftlich betriebene RV-Kliniken sind dagegen nicht mit den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit vereinbar. Zur Beurteilung der Wirtschaftlichkeit sind anerkannte Bewertungsmaßstäbe und nicht monetäre Kriterien zu berücksichtigen. Bei der Beurteilung der Wirtschaftlichkeit steht den Rentenversicherungsträgern jedoch ein vom Bundesrechnungshof zu respektierender Beurteilungsspielraum – eine sogenannte Einschätzungsprärogative – zu. Wir gehen davon aus, dass der Bundesvorstand im 1. Quartal 2013 eine entsprechende verbindliche Entscheidung treffen wird. Auf diese Entwicklung müssen wir uns einstellen. Die Prüfungen der Landesaufsicht in Bad Wildungen und Bad Schwalbach haben gezeigt, dass die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit sehr große Bedeutung haben.

Um die Kliniken in diesem Prozess zu unterstützen, haben wir bereits folgende Maßnahmen ergriffen:

- die eigenverantwortliche Zuständigkeit der Kliniken wurde definiert,
- die Verwaltungsleitungen der Kliniken werden neu aufgestellt und qualitativ angehoben.

Auch die Ablauforganisation in den Kliniken soll verbessert werden. So hat eine Unternehmensberatung die Bereiche Service, Hauswirtschaft und Küche unserer drei Kliniken untersucht und uns Vorschläge für optimierte Abläufe unterbreitet, nachdem die Landesaufsicht Änderungen in diesen Bereichen eingefordert hatte. Wir werden uns mit diesen Vorschlägen auseinandersetzen und über die Optimierungsmaßnahmen beraten.

Auch die nötige technische Unterstützung erleichtert den Mitarbeitern die Arbeit. So wird eine Software zur Zuweisungssteuerung in der Hauptverwaltung eingeführt und in den Kliniken eine Therapieplanungs-Software installiert. Um vor allem Fremdbeleger in unsere Kliniken zu bekommen, muss der Qualität der Reha eine große Bedeutung beigemessen werden. Deshalb werten wir die Reha-Qualitätsstandards permanent aus und befragen zusätzlich noch unsere Patienten. Die Ergebnisse werden Qualitätszirkeln zugeführt, die Verbesserungsvorschläge erarbeiten.

Zurzeit ist die Belegungssituation aller drei Kliniken als sehr positiv zu bewerten. Obwohl die Belegungsquote für die Wirtschaftspläne von 95 auf 98 Prozent in diesem Haushaltsjahr angehoben wurden, werden die Kliniken keine Betriebszuschüsse benötigen, sondern Überschüsse erwirtschaften, die sie in den nächsten Jahren investieren dürfen. Die guten Ergebnisse sind vor allem auf eine Steigerung der Fremdbelegungsquote auf über 30 Prozent zurückzuführen. An den Standorten Bad Kissingen und Bad Schwalbach werden wir in den nächsten Jahren weitere Synergien durch den Ausbau der Kooperationen mit anderen Versicherungsträgern anstreben. Letztendlich sollen unsere Kliniken mit der Implementierung der medizinisch-beruflich orientierten Rehabilitation (MBOR) für Fremdbeleger noch attraktiver gemacht werden.

Die Reha-Qualität und die Effizienz wollen wir außerdem mit begleitender Forschung verbessern.

Wie Sie der Tagesordnung entnehmen können, wird Ihnen heute Frau Dr. Hessel erläutern, wie vielfältig und innovativ unsere Reha-Forschung ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

zum Abschluss der Sozialwahlen 2011 hat der Bundeswahlbeauftragte seinen Abschlussbericht mit Verbesserungsvorschlägen an die Politik vorgelegt. Sehr zu begrüßen ist die Initiative des Bundeswahlbeauftragten, die soziale Selbstverwaltung zu stärken und die Sozialwahlen zu modernisieren. Die Forderung, auf die Wahl ohne Wahlhandlung – also die Friedenswahl – zu verzichten, wird von den Spitzenverbänden der Versicherten- und Arbeitgeberseite – dem DGB und dem BDA – nicht als erforderlich angesehen. Innerhalb der Sozialversicherung vertreten ihre Spitzenorganisationen effektiv die Interessen der Versicherten und der Arbeitgeber. Diese Organisationen gewährleisten, dass die Selbstverwaltungsorgane der Sozialversicherungsträger ein repräsentatives Spiegelbild der Versicherten und der Arbeitgeber sind. Friedenswahlen sind hierfür ein sinnvolles Instrument. Sie haben sich als demokratisch legitimiertes Verfahren über Jahrzehnte bewährt. Friedenswahlen stellen eine ausgewogene regionale und branchengerechte Repräsentation der Versicherten und Arbeitgeber sicher. Sie setzen einen umfangreichen Abstimmungsprozess voraus und ermöglichen bei übereinstimmender Vorstellung von der Zusammensetzung der Selbstverwaltungsorgane einen straffen und effizienten Wahlvorgang. Die Friedenswahl abzuschaffen und durch eine obligatorische Wahl zu ersetzen ist deshalb nicht notwendig und stärkt auch nicht die soziale Selbstverwaltung. Deshalb haben sich DGB und BDA an die Spitzen der Politik gewandt und sich gegen diese beabsichtigten Neuregelungen ausgesprochen.

Meine eigenen Erfahrungen mit den Selbstverwaltungsstrukturen – nicht nur bei der DRV Oldenburg-Bremen – haben ergeben, dass eine grundlegende Systemänderung nicht notwendig ist, weil die bestehenden Strukturen funktionieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

im ersten Jahr meiner ehrenamtlichen Tätigkeit als alternierender Vorstandsvorsitzender habe ich die Deutsche Rentenversicherung Oldenburg-Bremen gut aufgestellt erlebt. Positiv wahrgenommen habe ich den Willen und die Flexibilität zu Veränderungen und Verbesserungen. Mein Dank gilt daher allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Führungskräften und der Geschäftsführung, die sich so positiv für diesen Versicherungsträger einbringen. Von der Qualität und der Wirtschaftlichkeit unseres Trägers profitieren letztendlich Beitragszahler und Rentner. Wir sollten diesen Weg weitergehen, dann können wir die Probleme der Zukunft mit Optimismus angehen. Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, aber auch Ihnen als ehrenamtlichen Organmitgliedern danke ich für die in diesem Jahr geleistete Arbeit und wünsche Ihnen ein frohes Weihnachtsfest sowie ein gutes Jahr 2013!

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Für Fragen stehe ich natürlich gerne zur Verfügung.